

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteinmalig mit Aufnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Infanterieregiment 1. Nr. für die 6-palastete Korpskategorie oder deren Namen, Namen, die 2-palastete Korpskategorie 2.50 Mk. Die Wiederholung und Zuzahlung des entsprechenden Preisnachlass. Bestimmungen im amtlichen Teil für den

Ersteinmalig seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Nr. 211.

Freitag den 9. September 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

**Lichtgeld** für die Monate Juli—August 1921 ist spätestens bis zum 12. d. M. an die Stadtkasse zu bezahlen. Wilsdruff, am 8. September 1921

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.** Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reparationskommission der Entente veröffentlicht einen offiziellen Bericht, daß Deutschland bis zum 31. August die erste Milliarde vollkommen bezahlt habe.
- \* Der Völkerbundrat soll angeblich entschlossen sein, einen ganz neuen Plan für die Entscheidung in Oberschlesien aufzustellen.
- \* Der Kanzler erklärte, daß er jeden Streit mit Bayern zu vermeiden wünsche. Die Einigungsverhandlungen sind in Berlin wieder aufgenommen worden.
- \* Der Belagerungszustand für ganz Oberschlesien ist aufgehoben worden.
- \* Mehrere deutschnationale Abgeordnete hatten eine Unterredung mit dem Reichskanzler über die Handhabung der neuen Verordnung.
- \* Die Kriminalpolizei verfolgt mehrere neue Spuren der Räuber Erzbirgers, ohne bisher ein bestimmtes Ergebnis erzielt zu haben.

## Das hungernde Rußland.

Eine kurze Zeilung schien es so, als sollte in die internationale, durch Maxim Gorki ins Rollen gebrachte Hilfsaktion für das hungernde Rußland ein großer einheitlicher Zug hineinkommen. Was Deutschland betrifft, so hatte sich hier ein unpolitisches Komitee gebildet, das alle hilfsbereiten Kräfte des Volkes ohne Unterschied der politischen Anschauungen zusammenfassen wollte. Selbst die Kommunisten schienen sogar einen Augenblick bereit, in dieser Angelegenheit nicht den Südensied zu spielen. Bald aber gewannen die Absonderungsbestrebungen in ihrer Mitte abermals die Oberhand. Sie gingen mit Sonderveranstaltungen und Sondergründungen vor, und der damit gegebene Keim der Zwietracht brachte bald die ganze Hilfsaktion fast zum Stoden. Sie arbeiten unter der Firma eines „Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland“, das für den 9. September eine „Vollversammlung“ nach Berlin einberuft, indem es an dem Standpunkt festhält, daß es sich hier lediglich um eine proletarische Hilfsaktion handele.

Die Frage, ob so überhaupt geholfen werden könne, scheint vor der Sorge zurückzutreten, nur ja nicht mit anderen Elementen zusammen zu arbeiten. In Rußland selbst scheint der gleiche Standpunkt, entgegen den anfangs bekundeten Neigungen, sich neuerdings durchgesetzt zu haben. Das allrussische Hilfskomitee ist von der Moskauer Regierung aufgelöst worden, und man berichtet — ob glaubwürdig oder nicht, läßt sich allerdings von hier aus kaum nachprüfen — über blutige Verfolgungen, denen die Mitglieder dieses Komitees ausgesetzt seien. Englische Blätter wollen sogar wissen, daß jetzt auch die amerikanische Regierung, so ziemlich die einzige, die zu sofortiger wirksamer Hilfe bereit ist, von den Bolschewisten der Anzeiung eines Aufstandes beschuldigt werde. Wenn das zuträfe, würde der Eifer der amerikanischen Regierung und ihrer ausführenden Organe selbstverständlich sehr rasch wieder erkalten. Das um so sicherer, als die Amerikaner mit der Verlässlichkeit der russischen Staatsmänner von heute auch auf anderem Gebiete gerade jetzt sehr merkwürdige Erfahrungen machen. Ein Vertreter von 50 amerikanischen Firmen, der viele Monate in Moskau zu brachte, um mit den Sowjets in Geschäftsbeziehungen zu kommen, und erhaltliche Aufträge im Gesamtbetrag von vielen Millionen Dollar einheimste, mußte feststellen, daß trotz der großen Opfer an Zeit, Geld und Bemühungen bis jetzt auch nicht ein Cent einfließen werden konnte.

„Wir wurden an der Nase herumgeführt. Man speiste uns mit Unwahrheiten ab.“ erzählte er. Er schenkt sich nicht, die russischen Unterhändler als eine Gruppe von Dieben und Hochstaplern zu bezeichnen, mit denen nichts zu machen sei. „Es gibt in Rußland zu viele Briganten, als daß die Kapitalisten irgendwelche Aussichten hätten.“ Der Mann, der das schreibt, ist — der Vorsitzende der amerikanischen Handelsvereinigung zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Man kann sich denken, wie solche Darlegungen die allgemeine Gebetsdringlichkeit der Amerikaner für die Notleidenden in Rußland anregt. Dazu kommt ferner, daß nun auch der bekannte Forscher Nansen, der sich an die Spitze der Hilfsbestrebungen gesetzt hat, in Unstimmigkeiten mit dem gemischten Hilfskomitee vom Roten Kreuz geraten zu sein scheint, das für Rußland gebildet worden ist. Er hat, beargwöhnlich genug, eine scharfe Kontrolle für die Ausbringung und Verteilung der Hilfsmittel für notwendig gehalten, damit aber den Widerspruch verschiedener Instanzen gesunden. Von anderer Seite wird allerdings umgekehrt behauptet, daß seine Kontrollmaßnahmen allzu sehr auf die Wünsche der Bolschewisten zugeschnitten seien und damit bei der obersten Leitung des internationalen Roten Kreuzes Anstoß erregt hätten. Wie dem auch sei, jedenfalls ist auch Nansen durch die Auflösung des allrussischen Hilfskomitees sehr überrascht und enttäuscht worden. Unter

allen Umständen geht über diese Streitigkeiten, Engbergigkeiten und wohl auch Eifersüchteleien kostbarste Zeit verloren. Inzwischen nimmt das herzzerreißende Elend in den Wolgablüften immer mehr überhand. Amerikanische Journalisten, die eine Dampferfahrt unternahmen, um sich durch eigenen Augenschein von dem wahren Stande der Dinge zu überzeugen, entwerfen erschütternde Einzelbilder und lassen das, was sie für die Hungernden aus eigenen Mitteln dabel tun konnten, in die Worte zusammen: es reichte gerade aus, um den Sterbenden das letzte Sakrament zu geben! In Moskau aber lobt man gegen die Kräfte, die sich nicht der bolschewistischen Oberkontrolle unterwerfen wollen, als wenn die vielen Millionen Menschenleben, die auf dem Spiele stehen, nicht einmal das Gewicht einer Feder hätten. Wenn das so weitergeht, wird Rußland auch in dieser allgemeinen Menschheitsfrage bald völlig auf sich allein angewiesen sein.

## Oberschlesien vor dem Völkerbund.

Ein neuer Vorschlag.

Aus Genf erfährt das englische Blatt „Westminster Gazette“, die vom Völkerbundsrat mit der Berichterstattung über die obereschlesische Frage betrauten vier Mitglieder würden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. September fertig haben.

Es könne schon jetzt zuversichtlich erklärt werden, daß der Völkerbundsrat in der obereschlesischen Frage eine Entscheidung treffen werde, die weder in Übereinstimmung mit den britischen Vorschlägen, noch mit den französischen sei und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates solle sowohl Polen wie auch Deutschland und vor allem der obereschlesischen Bevölkerung Befriedigung gewähren.

Auch die Polen zufriedenzustellen? Dem Mitarbeiter der „Westminster Gazette“ soll der gute Glaube gewiß nicht bestritten werden. Aber es wäre eine neue Offenbarung im Völkerleben, wenn es irgend einer Körperlichkeit — und sei es auch der Völkerbundsrat — gelingen würde, die Polen zufriedenzustellen. Es sei denn, man spräche ihnen Oberschlesien von Kattowitz bis Oppeln und von Ratibor bis Kreuzburg nebst den angrenzenden Gebieten zu.

### Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Interalliierte Kommission hat vor einiger Zeit angekündigt, die Aufhebung des Belagerungszustandes für Oberschlesien könne, nachdem allgemeine Verabstimmung eingetreten sei, erwogen werden. Diese Erwägungen haben zu dem vorausgesagten Resultat geführt. Aus **Deutchen** wird gemeldet:

Der Belagerungszustand ist Mittwoch mittag für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Inzwischen wird über die Lösung der obereschlesischen Frage wieder eine Flut von Gerüchten verbreitet. So melden Berliner Blätter aus Paris, neuerdings sei das Projekt einer Internationalisierung ins Auge gefaßt worden. Es soll sich darum handeln, aus dem Industriegebiet einen **neutralen Staat** zu machen unter Oberaufsicht des Völkerbundes, ähnlich wie es angeblich mit dem Saargebiet der Fall sei. Und von anderer Seite wird behauptet, daß man sich in London und Paris ernstlich damit beschäftige, der Völkerbundskommission eine neue **Abstimmung in Oberschlesien** vorzuschlagen. Der Plan werde bereits nach allen Richtungen hin ernstlich erwogen.

Beide Meldungen haben nicht den Vorzug der Neuheit für sich, sie tauchten auch früher schon auf und wirken wenig überzeugend.

### Entdeckung polnischer Waffenlager.

Ein großes Waffenlager wurde vor einiger Zeit in der großen Pilegalei in Bobrownik im Kreise Tarnowly von den Engländern entdeckt. Es wurden 98 französische Gewehre vorgefunden, 1300 Seitengewehre, 10 Riflen Gewehrmunition, 2 Riflen Handgranaten und 2 Riflen mit Dynamit, außerdem Feldtelephon, Fächer für Handgranaten, Leuchtpistolen usw. Der Pächter der Pilegalei, die seit längerer Zeit nicht mehr im Betrieb ist, ist polnischer Nationalist und hat sich am Auffstand auf polnischer Seite beteiligt. Jetzt wurde von den Engländern im Kreise Kattowitz, und zwar in Wotfob, ein zweites riesiges Waffenlager der Polen entdeckt, und zwar enthielt dieses Gewehre, Maschinengewehre und 26 Riflen Munition.

## Die bayerische Krisis.

Neue Verhandlungen in Berlin.

Seit langem sind die parteipolitischen Gegensätze in Deutschland nicht so scharf auseinandergeprallt wie in den augenblicklichen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und München, wobei außer dem Kampf zwischen **rechts** und

**links** gleichzeitig der damit verbundene Streit um die Frage der größeren oder geringeren **Selbständigkeit** der deutschen Einzelstaaten zum Austrag kommt. Die Zuspitzung der ganzen Frage ist besonders deshalb so scharf, weil Bayern als derjenige Staat, der immer am stärksten auf die Wahrung seiner Sonderrechte bedacht war, heute gleichzeitig als einziges deutsches Land eine fast nach rechts neigende Regierung besitzt. Weidens wirkt in der gleichen Richtung, die den Neigungen der auf möglichst weitgehende Vereinheitlichung des Reiches bedachten Reichsregierung zuwiderläuft.

Dieser Gegensatz ist jetzt aus Anlaß der neuen Verordnung vom 29. August in doppelter Hinsicht in bedauerlicher Schärfe hervorgetreten. Einmal hat sich Bayern in seiner eigenen Landeshoheit dadurch beeinträchtigt gefühlt, daß die Reichsregierung mit den Presseberichten auch in Bayern ohne vorherige Fühlungnahme mit der Münchener Regierung vorging, wozu sie allerdings formal berechtigt war, andererseits hat die Absicht der Reichsregierung, auch in Bayern, wie überall im Reich, den **Ausnahmestand** aufzuheben, in München Erregung hervorgerufen, weil man dort den Ausnahmestand zuletzt noch für unentbehrlich hält. Von rechtsstehenden Kreisen wird daher darüber geklagt, daß die Reichsregierung ohne die nötige Rücksicht auf die innerbayerischen Verhältnisse Verfügungen treffe, die die bayerischen Interessen schädige, von linksstehender Seite wiederum macht man der bayerischen Regierung den Vorwurf, daß sie die verfassungsmäßigen Rechte der Reichsregierung mißachte. Der Streit hat bereits sehr scharfe Formen angenommen, so daß von beiden Seiten schwere Drohungen für den Fall der Hartnäckigkeit des anderen Teils ausgesprochen wurden. Die Aufgabe besteht also angefaßt der Gefahr jeder innerpolitischen Krisis und der schwierigen außenpolitischen Lage darin, den Gegensatz auf dem Wege friedlicher Verhandlungen auszugleichen. Dieser Weg ist bereits beschritten worden, und man muß wünschen, daß er bald zu einem Ziele führt. Am Mittwoch trafen mehrere Vertreter der bayerischen Regierung und der Koalitionsparteien in Berlin ein, um die bereits in der Vorwoche begonnenen Beratungen mit dem Kanzler fortzusetzen. — Aus dem letzten Entwicklungsstadium dieser Krisis seien folgende wichtigen Punkte hervorgehoben:

### Der Kanzler gegen jeden Streit.

Zu dem Berliner Vertreter der „Daily Mail“ sagte Reichskanzler Dr. Brüning:

„Für den Augenblick befürchte ich keinen monarchistischen Staatsstreich, aber wir müssen auf der Hut sein. Eine monarchistische Partei bildet gegenwärtig das Zentrum der monarchistisch-militaristischen Bewegung in Bayern. Ich bin entschlossen, mit Bayern nicht zu streiten. Es ist ein Land, das immer lebhaftes Empfinden für seine Unabhängigkeit hatte. Doch glaube ich, daß eine Vereinbarung möglich sein wird, wie sie in der Abrüstungsfrage und in der Frage der Einwohnerwehren möglich war.“

Diese grundsätzliche Äußerung des Kanzlers eröffnet begründete Hoffnungen auf eine Lösung des Konflikts, so ernst auch verschiedene andere Einzelmeldungen lauten.

### Die Ansicht des bayerischen Gesandten.

Der bayerische Gesandte in Berlin, Herr von Preger, bezeichnete in einer Unterredung mit einem Berliner Pressevertreter die Lage als sehr ernst. Die Wurzel des Übels erblickt er darin, daß die Weimarer Verfassung ein zu weitgehendes Bestreben nach Vereinheitlichung des ganzen Reiches zeige, wobei auf die Sonderinteressen der einzelnen Länder nicht die nötige Rücksicht genommen worden sei. Es habe jetzt fast den Anschein, als ob die Reichsregierung es auf eine **Krisisprobe** mit der bayerischen Regierung ankommen lassen wolle. Dabei dürfe man nicht vergessen, daß die Regierung fast über zwei Drittel des bayerischen Volkes hinter sich habe. Falls die Reichsregierung auf ihrem Verlangen beharre, so entsehe die Gefahr eines **Rücktritts** der bayerischen Regierung. Ein solcher erzwungener Rücktritt könnte unliebsame Erscheinungen nach sich ziehen und eine Volksbewegung auslösen, deren Tragweite sich nicht übersehen lasse. — Die **württembergische** Staatsregierung ist der Ansicht, daß das Vorgehen der Reichsregierung durchaus **verfassungsmäßig** ist, in der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten Zeit keine Rechtfertigung findet und im übrigen nach allen Seiten hin gleichmäßig gilt. Eine vorherige Fühlungnahme mit den einzelstaatlichen Regierungen hätte allerdings auch die württembergische Regierung als notwendig erachtet.

### Sozialdemokratische Kampfbereitschaft.

Die Sozialdemokraten treten mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß der Standpunkt der Reichsregierung